



# **Aktuelle Aspekte der Außenpolitik Russlands**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Dominanz der Geopolitik in der russischen Außenpolitik-Analyse</b>	<b>_____ 1</b>
<b>2. Grundlagen des Verhältnisses Russlands zu den USA</b>	<b>_____ 1</b>
<b>3. Das Verhältnis Russlands zur NATO</b>	<b>_____ 3</b>
<b>4. Aktuelle sicherheitspolitische Fragen zwischen Russland und der EU</b>	<b>___ 5</b>
<b>5. Russland und die Folgen des „Krieges gegen den Terror“</b>	<b>_____ 6</b>
<b>6. Die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten aus russischer Sicht</b>	<b>_____ 10</b>
<b>7. Russland und das Kaschmir-Problem</b>	<b>_____ 12</b>





## Aktuelle Aspekte der Außenpolitik Russlands

### 1. Dominanz der Geopolitik in der russischen Außenpolitik-Analyse

Das außen- und sicherheitspolitische Denken in Russland, grundlegende offizielle Dokumente (Militärdoktrin, Konzeption für nationale Sicherheit, Außenpolitische Konzeption<sup>1</sup>) sowie die Praxis werden von einer geopolitischen Analyse der internationalen Beziehungen sowie einem Denken in Einflussbereichen dominiert.<sup>2</sup> Dabei dominiert die Überzeugung, dass die Beziehungen zum Westen – und vor allem zu USA und NATO – ein Nullsummenspiel sind: Wenn (subjektiv betrachtet, d.h. aus russischer Sicht) der Einfluss des Westens steigt, fällt derjenige Russlands – und umgekehrt. Daher unterliegt es für die große Mehrheit der außenpolitischen Praktiker wie Beobachter in Russland keinem Zweifel, dass die eigenen Interessen durch jede (angebliche) Erweiterung von westlichem Einfluss zwangsläufig Schaden nehmen müssen.

Diese Vorstellungen werden durch die Doktrin der „vielpoligen Welt“ aus mehreren „gleichberechtigten“ Großmächten (neben Russland v.a. die USA, China, die EU, Japan und Indien, aber dezidiert nicht die NATO) ergänzt. Hier handelt es sich offenbar um einen Ver-

such, das ökonomisch schwache Russland in einen „Kreis der Großmächte“ zu reklamieren und damit ein Mitspracherecht in sämtlichen relevanten weltpolitischen Angelegenheiten anzumelden. Der Hintergrund für diese Ambitionen ist die russische Gewissheit, zum Status einer Groß- oder Weltmacht (wörtlich) „verdammte“ zu sein, da das Land „in anderen Maßstäben und Bedeutungen nicht existieren kann“.<sup>3</sup>

### 2. Grundlagen des Verhältnisses Russlands zu den USA

Russland (Mitte 2002 ca. 143,5 Mio. Einwohner,<sup>4</sup> Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparitäten im Jahr 2000 – 1120 Mrd. Dollar) misst sich und seinen weltpolitischen Einfluss nicht an Ländern, die eine in der Größenordnung vergleichbare Einwohnerzahl besitzen (Nigeria – 126,6 Mio.; Japan – 126,7; Bangladesch – 131,3; Pakistan – 144,6; Brasilien – 174,5; Indonesien – 228,4) oder eine ähnliche Wirtschaftsleistung aufweisen (Frankreich, Großbritannien, Italien, Brasilien, Mexiko, Kanada),<sup>5</sup> sondern an den USA (278 Mio. Einwohner, Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparitäten im Jahr 2000–9963 Mrd. Dollar) oder überhaupt



der NATO.<sup>6</sup> Die gesamte Außen- und Sicherheitspolitik Russlands bezieht sich entweder direkt auf die USA und die NATO (d.h. auf einen von Moskau unterstellten Wettstreit um Einfluss mit ihnen) oder wird zumindest im Hinblick auf sie entworfen und umgesetzt. Das betrifft auch und gerade das Konzept der „vielpoligen Welt“: Es soll sich explizit gegen eine „einpolige Welt“ richten, welche nach in Russland vorherrschender Meinung von den USA angestrebt wird. Zudem neigt Washington zum „Unilateralismus“. Hier versucht Moskau gegenzusteuern, indem es die Verlagerung sämtlicher irgendwie relevanter weltpolitischer Angelegenheiten (und auch des „Krieges gegen den Terror“; siehe dazu unten) in den UNO-Sicherheitsrat verlangt, wo gegen die Stimme Russlands keine Entscheidungen gefällt werden können.

Das Image der USA ist in Russland auch nach den Terroranschlägen des 11.9.2001 in New York und Washington kaum oder nicht besser geworden. Eliten und Gesellschaft Russlands stehen den USA nach wie vor skeptisch bis ablehnend gegenüber. Einer der Hauptvorwürfe an die Adresse Washingtons lautet, den Zerfall der UdSSR herbeigeführt oder zumindest beschleunigt zu haben. Nicht nur in den Streitkräften werden die USA mitunter „potenzieller Gegner“ genannt.<sup>7</sup> So weit geht die Außenpolitische Konzeption nicht; sie konstatiert jedoch „ernstliche und in einer Reihe von Fällen prinzipielle Divergenzen“ mit den USA.<sup>8</sup> Vertreter der amerikanischen Botschaft in Moskau versuchen, diese herunterzuspielen, in dem sie die „Krise“ des amerikanischen Hühnerexports nach Russland (der 2001

immerhin einen Umfang von 600 Mio. Dollar erreichte) zum „größten bilateralen Problem“ erklären.<sup>9</sup>

Im Zentrum der bilateralen politischen Beziehungen stehen – wie auch zu Zeiten des Kalten Krieges – Sicherheitsfragen:

Der am 24.5.2002 von den beiden Präsidenten George W. Bush und Wladimir Putin unterzeichnete „Treaty between the United States and the Russian Federation on Strategic Offensive Reductions“ gesteht beiden Ländern ab 31.12.2012 je 1700–2200 Atomsprengköpfe zu. Damit hat Moskau eine gemeinsame Abrüstung auf ein Niveau erreicht, das es sich selbst leisten kann. Die USA hätten nämlich zweifellos keine Probleme gehabt, den vom (mit Ende 2001 für erfüllt erklärten) START I-Vertrag von 1991 gesetzten Rahmen von 6000 Sprengköpfen voll auszuschöpfen, was aber für Russland wirtschaftlich nicht mehr tragbar wäre. Damit hat sich Russland mit der Forderung nach Aufrechterhaltung eines „atomstrategischen Gleichgewichts“ mit den USA durchgesetzt – trotz der stark unterschiedlichen wirtschaftlichen Kapazitäten.

Zwecks Aufbau eines Raketenabwehrsystems erklärten die USA ungeachtet heftiger russischer Kritik und Warnungen am 13.6.2001 den Austritt aus dem ABM-Vertrag von 1972; er wurde mit 13.6.2002 wirksam. Am nächsten Tag trat Russland aus dem Anfang 1993 unterzeichneten START II-Vertrag aus und entledigte sich damit unter anderem des dort verankerten Verbots von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) auf Interkontinentalraketen.



Beim Gipfeltreffen der G-7 und Russlands (= G-8) im kanadischen Kananaskis Ende Juni 2002 wurde Moskau (ohne jede politische Bedingungen) die Zahlung von 20 Mrd. Dollar für die Abrüstung von Massenvernichtungswaffen innerhalb von zehn Jahren zugesagt. Die Hälfte davon sollen die USA übernehmen.

Die Militärpolitik der USA in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und vor allem im Südkaukasus und in Mittelasien im Kontext des „Krieges gegen den Terror“ (siehe dazu unten).

Die weitere Entwicklung der NATO und ihre von den USA unterstützte Osterweiterung (siehe unten).

### **3. Das Verhältnis Russlands zur NATO**

#### **Grundlagen**

Das Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 („Operation Allied Force“) wird in Russland auch in wissenschaftlichen Publikationen bis heute kaum jemals anders als „Aggression“ bezeichnet. Die Eliten wie auch die öffentliche Meinung Russlands sahen sich in ihrer Einschätzung von der NATO als „aggressivem Militärblock“ bestätigt. Dieses Urteil hat sich auch über drei Jahre später nicht geändert: Meinungsumfragen zufolge sieht eine absolute Mehrheit der Russen die NATO nach wie vor als „aggressiv“ und als Gefahr für ihr Land an, und die Außenpolitische Konzeption postuliert, dass die politischen und militärischen Zielsetzungen der NATO den Interessen der nationalen Sicherheit Russlands „mitunter direkt widerspre-

chen“.<sup>10</sup> Konkret kritisieren russische Stimmen unter Hinweis auf den Kosovo-Krieg oft ein von der NATO angeblich vertretenes Konzept der „humanitären Intervention“ und „eingeschränkten Souveränität“, das dazu dienen sollte, die Souveränität der Staaten, die „Autorität“ des UNO-Sicherheitsrates (gemeint: das dortige russische Vetorecht) sowie das Völkerrecht zu untergraben bzw. zu umgehen.<sup>11</sup> Der Umstand, dass die Allianz Moskau zur Teilnahme an ihren Peacekeeping-Missionen in Bosnien-Herzegowina (IFOR/SFOR, ab 1995) und dem Kosovo (KFOR, ab 1999) eingeladen hat, führte auch nicht zu einer Verbesserung ihres Ansehens in Russland.

Russische Stimmen haben vor allem seit 1993 unter Hinweis auf eine (wegen des Zerfalls des Warschauer Paktes und der UdSSR 1991) fehlende Bedrohung immer wieder die Selbstaflösung der NATO gefordert, doch eine solche zeichnet sich nicht ab. Das Bündnis ist somit eine Realität, der Moskau in der überschaubaren Zukunft Rechnung tragen muss. Diverse russische Stimmen versuchen, aus der „Not“ eine Tugend zu machen, indem sie erklären, dass die NATO ohne Russland „überhaupt nichts tun“ könne oder überhaupt ihre „Existenzberechtigung“ aus der Kooperation mit ihm beziehe. Russland zeigt sich somit von seiner enormen Bedeutung für das Bündnis überzeugt. Das offizielle Moskau strebt zur „Minimierung des Schadens“ aus Fortbestand und Osterweiterung der NATO nach eigenem wiederholtem Bekunden eine möglichst weitgehende Mitbestimmung in der Allianz an. Diese kam auch und gerade wegen Putins verbaler Unterstützung der von den USA forcierten „Koalition gegen



den Terror“ (siehe unten) den russischen Wünschen entgegen.

### **Russische Mitsprache in der NATO**

Der „Permanent Joint Council“ (PJC), der seit 1997 Vertreter der NATO und Russlands versammelte, war in Russland immer als „Diskussionsklub“ kritisiert worden, der Moskau keinen realen Einfluss auf die NATO einräumt; es werde von den 16 bzw. ab 1999 19 Mitgliedern nur über schon getroffene Entscheidungen informiert. Das am 28.5.2002 von der „Gruppe der 20“ (d.h. der 19 NATO-Mitglieder plus Russland) unterzeichnete Dokument „NATO-Russia Relations: A New Quality. Declaration by Heads of State and Government of NATO Member States and the Russian Federation“ gesteht Moskau dagegen in ausgewählten Bereichen – vor allem Terrorbekämpfung, Krisenmanagement, Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Luftverteidigung am Gefechtsfeld, Militärreform und zivile Notsituationen – ein effektives Mitbestimmungsrecht zu: Im neuen NATO-Russland-Rat gilt das Einstimmigkeitsprinzip, d.h. Moskau kann ihm nicht genehme Entscheidungen mit seinem Veto blockieren. Allerdings bemängelten zahlreiche russische Medien und Politikberater unverzüglich, dass die NATO-Staaten Fragen, in denen keine Einigkeit zu erzielen ist, von der Tagesordnung des Rates nehmen und wieder untereinander, das heißt ohne Russland, entscheiden könnten. Das bedeutet aus russischer Sicht, dass das allgemeine Vetorecht in sämtlichen NATO-internen Fragen nicht erreicht wurde. Daher gibt es keinen

Zweifel, dass Moskau in Zukunft konsequent auf (noch) mehr Einfluss in der Allianz drängen wird.

### **Russland und die Osterweiterung der NATO**

Russische Offizielle mit den Ministern für Äußeres und Verteidigung an der Spitze legen stets Wert auf die Feststellung, dass die prinzipielle Ablehnung jeder NATO-Osterweiterung durch Moskau gänzlich unverändert ist.

Die Osterweiterung und interne Fragen der NATO kommen im Dokument „NATO-Russia Relations: A New Quality“ nicht vor. Dennoch verlangten die russischen Vertreter bei der Sitzung des NATO-Russland-Rates am 19.7.2002 ein Mitspracherecht bei der Osterweiterung.<sup>12</sup> Zudem ist vor allem seit Frühjahr 2002 die russische Forderung zu hören, dass Estland, Lettland und Litauen dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) beitreten sollten. Allerdings hält ihn Russland (nach eigenem Eingeständnis) wegen der seit September 1999 andauernden zweiten Intervention im nordkaukasischen Tschechien mit ihren ca. 80 000 Beteiligten selbst nicht ein.

Russland will auf die Osterweiterung der NATO unter anderem mit einer „Westerweiterung“, das heißt einer Forcierung der „Integration“ mit Belarus (Weißrussland), reagieren. Der Modus ist allerdings bisher strittig: Der autoritär regierende belorussische Präsident Alexander Lukaschenko lehnte eine einfache Angliederung seines Landes an Russland auf der Grundlage der geltenden russischen Verfassung im August 2002 empört ab. Er verlangt die Schaf-



fung von den derzeitigen Führungen von Russland und Belarus übergeordneten staatlichen Organen, welche ihm bedeutende Einflussmöglichkeiten auch auf die russische Politik geben. Solche dürfte ihm Putin allerdings kaum einräumen. Dennoch ist aus russischer Sicht klar: „Russland und Weißrussland müssen sich ... zusammenschließen – unabhängig von der Stimmung der jetzigen Führer. Das ... erfordert die Geostrategie. Andernfalls können wir gar nicht so schnell schauen, steht die NATO bei Smolensk“.<sup>13</sup>

#### **4. Aktuelle sicherheitspolitische Fragen zwischen Russland und der EU**

Russland selbst strebt keine Mitgliedschaft in den existierenden westeuropäischen Organisationen zur Integration in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit an. Sein Selbstverständnis schließt eine derartige Ein- und Unterordnung bei Übernahme bestehender Regelungen und Standards grundsätzlich aus. Der ehemalige stellvertretende Außenminister und nunmehrige stellvertretende Direktor des Europainstituts der Russländischen Akademie der Wissenschaften, Iwan Iwanow, formulierte: „Russland hat nicht die Absicht, der EU beizutreten. Mächte dieser Größenordnung treten nicht fremden Bündnissen bei, sondern bilden eigene“.<sup>14</sup> Das rekurriert auf die GUS, die Moskau – mit wechselndem Erfolg – von westlichem (und v.a. amerikanischem) Einfluss möglichst abschirmen will. Russland betrachtet die EU und ihre Mitglieder streng pragmatisch als Mo-

dernisierungs- und Wirtschaftspartner, von denen es Kapital (in Form von Investitionen, Wirtschaftshilfe oder Krediten) bezieht und an die es Rohstoffe (v.a. Energieträger) verkauft; das bringt „harte“ Währung und schafft Abhängigkeiten. Bis Ende 2002 wird die EU einen langjährigen Wunsch Moskaus erfüllen und Russland offiziell als Land mit einer Marktwirtschaft anerkennen.

Die EU macht Anstalten, sich gegenüber Russland auch sicherheitspolitisch zu öffnen. So enthält die „Common Strategy of the European Union on Russia“ (4.6.1999) einen Passus, dem zufolge die EU eine russische Teilnahme an allfälligen EU-Operationen zur Erfüllung von Petersberg-Aufgaben (humanitäre und Rettungsoperationen; Peacekeeping; Kampfeinsätze für Krisenmanagement, darunter Peacemaking) erwägen werde. Beim Gipfeltreffen EU – Russland im Oktober 2000 wurde vereinbart, eine Rolle Moskaus bei EU-geführten Initiativen zur Bewältigung von humanitären Krisen sowie bei Peacekeeping, Peace-enforcement und Entminungsoperationen innerhalb der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Betracht zu ziehen.

Russland unterstützt alle Maßnahmen der EU, die auf eine größere Selbstständigkeit gegenüber den USA gerichtet sind – zweifellos, weil es sich davon eine Stärkung seines eigenen Einflusses in Europa erhofft. Die Moskauer „Strategie zur Entwicklung der Beziehungen der Russländischen Föderation mit der Europäischen Union in mittelfristiger Perspektive (2000–2010)“ vom 3.6.2000 spricht sich für ein „europaweites System der kollektiven Sicherheit“ aus und



beschreibt die russische Zusammenarbeit mit der EU im Sicherheitsbereich als Mittel gegen einen „NATO-Zentrismus“. <sup>15</sup> Vor dem Hintergrund der Grundsätze der russischen Politik gegenüber den USA (siehe oben) lässt sich daher der Schluss ziehen, dass ein Abzug der USA aus Europa – so unrealistisch er derzeit sein mag – ein wichtiges Fernziel der russischen Politik bleibt.

Die Skepsis gegenüber den USA wird zu einem nicht unerheblichen Teil von Frankreich geteilt, das in Russland daher auch traditionell eine gute Presse hat. Am 8.7.2002 wurde die Schaffung eines russisch-französischen Kooperationsrates für Sicherheitsfragen unter dem Vorsitz der Außen- und Verteidigungsminister der beiden Länder vereinbart, und kurz darauf stellte sich der französische Präsident Jacques Chirac bei einem Treffen mit Putin in Sotschi (Südrussland) gegen die Position der EU in der umstrittenen Frage der künftigen Abwicklung des russischen Landverkehrs mit der Exklave von Kaliningrad: Es sei, so Chirac, unannehmbar, dass russische Bürger nach einem EU-Beitritt Polens und Litauens (vermutlich 2004) ein Visum benötigen, um von einem Teil Russlands in den anderen zu gelangen. Putins Sonderbeauftragter für Kaliningrad, der nationalistische Hardliner und Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, Dmitri Rogosin (der im April 2002 den Beitritt Russlands zum Europarat Anfang 1996 öffentlich als Fehler bezeichnet hatte), zeigte sich denn auch überzeugt, dass „die eisernen Regeln des Schengen-Abkommens unter dem Druck der russischen Diplomatie bald ins Schwanken kommen werden“. <sup>16</sup>

## 5. Russland und die Folgen des „Krieges gegen den Terror“

### Russland und der 11.9.2001

Zahlreiche Stellungnahmen aus Politik, Militär, Politikberatung und Presse Russlands verbanden den Ausdruck von Bedauern über die enorme Zahl der Opfer der Anschläge islamistischer Terroristen vom 11.9.2001 in New York und Washington mit Kritik an der Außenpolitik der USA, welche die Attacken quasi provoziert habe. Zudem wurde dann auch das ab 7.10.2001 folgende militärische Vorgehen der USA gegen die Taliban in Afghanistan aus verschiedenen Gründen vielfach abgelehnt oder zumindest mehr als skeptisch kommentiert. All das war allerdings keine russisches Spezifikum – solche Positionen gewannen auch in der Dritten Welt und im Westen selbst einige Popularität. Putin zog wegen seiner (zumindest öffentlich) eher wohlwollenden Einstellung gegenüber der US-Militäraktion einige Kritik vor allem in den Streitkräften sowie in nationalistischen und kommunistischen Kreisen auf sich. Eine vorbehaltlose Einordnung in die „Koalition gegen den Terror“ war aber auch für Putin keine Option. Das wäre für die politischen und militärischen Eliten wie auch für die Öffentlichkeit Russlands gänzlich inakzeptabel gewesen. Eine Öffnung des Luftraums für US-Militärmaschinen in Kampfeinsätzen oder eine Zurverfügungstellung von Basen in- oder außerhalb Russlands standen nie zur Diskussion, von aktivem militärischem Beistand für die USA ganz abgesehen. Gleichzeitig betonten russische Stimmen auch während des „Krieges gegen den Terror“ die andauernden Probleme in



den Beziehungen zum Westen in Gestalt der NATO-Osterweiterung, der russischen Auslandsschulden von ca. 150 Mrd. Dollar, der geplanten US-Raketenabwehr usw.

„Die ‘große Wende’ in Russlands Außenpolitik seit dem 11. September ist empirisch nicht zu belegen ... Statt dessen versucht Moskau seinen in Kriegszeiten gestiegenen ‘Marktwert’ in den internationalen Beziehungen als Faustpfand in anderen Politikfeldern einzusetzen“.<sup>17</sup> Tatsächlich drängten angesichts des Umstandes, dass sich der Westen sichtlich um eine Einbeziehung Moskaus in die „Koalition gegen den Terror“ bemühte, sofort nach dem 11.9.2001 zahlreiche russische Stimmen (darunter prominente Politikberater) den Kreml, sich die neue weltpolitische Lage zunutze zu machen und klare Forderungen an den Westen zu erheben. An erster Stelle stand vielfach die Erlassung eines möglichst großen Teils der seinerzeit von Russland übernommenen Altschulden der UdSSR im Ausmaß von ca. 100 Mrd. Dollar oder wenigstens die Erstreckung der Rückzahlung auf einen sehr langen Zeitraum (auch wenn die Budgetentwürfe Russlands für 2002 und 2003 Überschüsse vorsahen und somit durchaus mehr Rückzahlungen denkbar gewesen wären). Zudem fanden sich auf der russischen Wunschliste: Westliche Unterstützung für das militärische Vorgehen gegen die Rebellen in Tschetschenien oder zumindest Ende jeglicher Kritik daran; Absage an eine zweite Welle der NATO-Osterweiterung oder, wenn das nicht gelingen sollte, ihre Verzögerung und Begrenzung auf möglichst wenige Länder; Einbindung Russlands in sicherheitspolitische Abläufe in NATO und EU

– wenn möglich mit einem Vetorecht; Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO), Aufhebung des aus russischer Sicht diskriminierenden Jackson-Vanik-Amendments von 1974 (mit dem die USA die Auswanderung von Juden aus der UdSSR fördern wollten<sup>18</sup>) usw.

### **Russland und die „Koalition gegen den Terror“**

Usama bin Laden hat öffentlich nie Terrordrohungen gegen Russland ausgestoßen, und von einem „Heiligen Krieg“ gegen Russland oder gar einer Aufforderung, so viele Russen wie möglich zu töten (wie das mit Amerikanern und Juden geschehen sollte), konnte schon überhaupt keine Rede sein. Die internationale Agenda des islamischen Fundamentalismus ist vorwiegend gegen den Westen gerichtet, und daraus resultieren unübersehbare Gemeinsamkeiten mit der Freund-Feind-Perzeption maßgeblicher Teile der Eliten wie der Öffentlichkeit Russlands.

Die russischen Sympathien für die USA sind im Gefolge des Terrors vom 11.9.2001 nicht gewachsen. Der demokratische Politiker Grigorij Jawlinskij berichtete, dass sich bei einem Treffen Putins mit den Fraktionsvorsitzenden der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) und dem Präsidium des Staatsrates am 24.9.2001 18 Politiker für eine russische Neutralität in der sich abzeichnenden Auseinandersetzung zwischen den USA und den Taliban eingesetzt haben, und einer unterstützte die Taliban. Nur zwei (darunter zweifellos Jawlinskij selbst) sprachen sich für eine Teilnahme Russlands an der „Koalition gegen den Terror“ aus.<sup>19</sup> Die letztere Position machte sich Putin dann zu eigen. Auch die



öffentliche Meinung wäre offenkundig eher einer Neutralität Russlands zugeeignet: Umfragen zufolge kritisierte etwa die Hälfte der Russen an Putin seine (angebliche) „Hinwendung zu den USA“.<sup>20</sup>

In Westen glaubte man die von den USA geführte „Koalition gegen den Terror“ durch Putins Sympathiebekundungen massiv gestärkt. Der prominente Politikberater Sergej Rogow, Direktor des USA-und-Kanada-Instituts der Russländischen Akademie der Wissenschaften, bot die umgekehrte Perspektive an: „In Wirklichkeit hat nicht Amerika Russland zur Teilnahme am aktuellen Krieg in Afghanistan herangezogen; eher umgekehrt benutzt Russland die USA, um die Terroristen bin Ladens und der Taliban zu zerschlagen, da sie Instabilität in Mittelasien, Tschetschenien und anderen Regionen Russlands geschaffen haben“.<sup>21</sup> So gesehen haben die USA in Afghanistan ein wichtiges Anliegen Moskaus wahrgenommen.

### **Uneindeutige Definition von „Terrorismus“**

Russland sieht sich an vorderster Front im Kampf gegen den Terrorismus – auch und gerade wegen seinem offiziell meist „Anti-Terror-Operation“ genannten Krieg in Tschetschenien. Gleichzeitig unterhält es gute bis freundschaftliche Beziehungen zum Irak, zum Iran und zu Nordkorea, die Bush in seiner „State of the Union“-Rede am 29.1.2002 zu einer „axis of evil“ zusammenfasste, weil sie nach der Auffassung seiner Administration Terror unterstützen und Massenvernichtungswaffen entwickeln. Russland akzeptiert den Begriff „axis of evil“ grundsätzlich nicht. Seiner Meinung

nach werden der Irak, der Iran und Nordkorea vom Westen (und v.a. den USA) zu Unrecht ausgegrenzt. Zum Iran unterhält Russland ein besonders enges und freundschaftliches Verhältnis, das offenkundig auch vom Krieg im islamisch geprägten Tschetschenien nicht gestört wird. Russische Vertreter würdigen gerne einen iranischen „Beitrag bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ und zählen den Iran zur „Koalition gegen den Terror“<sup>22</sup> – obwohl allgemein bekannt ist, dass der Iran mit der „Hisbollah“ (Libanon) und „ Hamas“ (Palästinensergebiete) zumindest zwei Terrororganisationen mit Geld und Waffen versorgt. Kritik einzelner US-Vertreter – so vor allem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld – an Russland, das bewusst gute Beziehungen zu Sponsorstaaten des internationalen Terrorismus pflege, lassen dieses völlig unbeeindruckt bzw. bestärken es noch in seiner Position.

Die Uneinigkeit bei der Definition dessen, was unter „Terrorismus“ zu verstehen ist, zeigte sich auch anhand der russischen Vorwürfe an den Westen, gegenüber „albanischen Terroristen“ im Kosovo (1998/99) und in Mazedonien (2001) zu nachgiebig gewesen zu sein oder diese sogar gefördert zu haben. Es existiert somit keine Auffassung des Begriffs „Terrorismus“, welche Russland und die USA voll und ganz teilen würden. Die unterschiedlichen Interpretationen dieser Erscheinung stimmten jedoch im Falle der Taliban bzw. der „al-Qaida“ überein, so dass eine – intern durchaus umstrittene – passive Teilnahme Russlands an der „Koalition gegen den Terror“ möglich war.



### **Russische Aktivitäten in Afghanistan**

Moskau hat seit 1996 – wie auch der Iran und Indien – die Nordallianz mit über Tadschikistan laufenden Waffen- und Munitionslieferungen gegen die Taliban unterstützt, und die russische Luftwaffe hat deren Stellungen zeitweise bombardiert.

Moskau stellte sich rasch auf die neue Lage nach dem von den USA und der Nordallianz im November 2001 herbeigeführten Ende des Taliban-Regimes ein. Ein klares Signal im Hinblick auf seine Ansprüche auf Mitsprache im neuen Afghanistan war Ende November 2001 die – für die meisten Beobachter überraschende – Entsendung von 12 Militärtransportflugzeugen nach Bagram bei Kabul. Amerikanische Militärs waren dann verblüfft, als sie in Kabul auf 80 Mitarbeiter des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR und 20 Soldaten trafen. Den russischen Geheimdienstleuten dürfte auch und gerade die Aufgabe gestellt worden sein, Hinweisen auf angebliche Verbindungen zwischen der „al-Qaida“ und den Rebellen nachzugehen, die den russischen Streitkräften in Tschetschenien anhaltenden Widerstand leisten.

Moskau hofft auf die führende Kraft der (dann auf „Vereinigte Front“ umbenannten) Nordallianz, die etwa ein Viertel der Bevölkerung Afghanistans stellenden ethnischen Tadschiken. Sie gelten – zu Recht oder zu Unrecht – als eher skeptisch gegenüber den USA und besetzten die Schlüsselpositionen in der ab 22.12.2001 amtierenden Übergangsregierung von Ministerpräsident Hamid Karzai. Tadschiken aus Tadschikistan arbeiteten als Ausbilder in den Einheiten der Nordallianz, und nach Angaben der

Moskauer Presse von Ende 2001 sind 300-400 Mann aus einer Spezialeinheit des Innenministeriums Tadschikistans als Berater von afghanischen Feldkommandeuren sowie Fachleute für Aufklärung, Artillerie und Reparatur von Waffensystemen in den Truppen der Nordallianz geblieben; sie würden in eine neue afghanische Armee eingegliedert. Daraus, so hofft man in Russland, könnten Möglichkeiten resultieren, die künftige afghanische Militärpolitik zu beeinflussen.<sup>23</sup>

Moskau setzt in Afghanistan auf Verteidigungsminister Marschall Muhammad Fahim. Er ist ein ehemaliger Mitarbeiter des Geheimdienstes des kommunistischen Regimes, der zur Zeit der sowjetischen Besatzung Afghanistans (1979-89) in der UdSSR ausgebildet wurde, und gilt als Kritiker Pakistans. In russischen Quellen werden mitunter die bis heute guten Kontakte Fahims zu Militär und Geheimdiensten Russlands betont. Im Februar 2002 hielt er sich ungewöhnlich lange, nämlich eine ganze Woche, in Russland auf. Dabei garantierte ihm sein Amtskollege Sergej Iwanow die militärische und technische Unterstützung Moskaus. Auch Putin machte beim Moskau-Besuch Karzais im Folgemonat klar, dass sich Russland beim Aufbau neuer afghanischer Streitkräfte zu engagieren gedenkt. Beim Besuch von Verteidigungsminister Iwanow in Afghanistan Anfang September 2002 wurden unter anderem russische Rüstungslieferungen und die Ausbildung afghanischer Soldaten durch russische und tadschikische Instrukteure diskutiert.

Iwanows Delegation gehörten Wirtschaftsvertreter an. Auch damit dokumentierte Moskau seine Absicht, in



Afghanistan auf der ökonomischen Ebene aktiv zu werden und vor allem die Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen zu betreiben, wobei es teilweise an Projekten aus der Zeit der sowjetischen Besatzung anknüpfen kann. – Das Hauptmotiv der russischen Aktivitäten in Afghanistan wurde in der russischen Presse eindeutig benannt: „Moskau ist es sehr wichtig, seinen Einfluss in der Region zu stärken“.<sup>24</sup>

### **Russland und Mittelasien nach dem 11.9.2001**

Moskau beansprucht die gesamte GUS nach wie vor als sein „Interessengebiet“, aus dem dritte Mächte so weit wie möglich ferngehalten werden sollen. Die Reaktionen in Politik und Medien Russlands auf die Ankunft westlichen Militärs im ehemals sowjetischen Mittelasien (und v.a. in Usbekistan und Kirgisien) waren daher überwiegend skeptisch bis schroff ablehnend. Sehr verbreitet ist in Russland (und auch in China und im Iran) der Verdacht, dass es den USA in Zentralasien auch und gerade darum geht, sich die dort vorhandenen Rohstoffe (und v.a. Erdöl und Erdgas) sowie Transportwege zu deren Abtransport (v.a. Pipelinerouten) zu sichern. In Russland besteht jedenfalls weitgehende Einigkeit darüber, dass nun alles getan werden muss, um die westlichen Soldaten so rasch wie möglich wieder zum Abzug zu bewegen. So verlangte Außenminister Igor Iwanow wiederholt eine „maximale Transparenz“ der westlichen Militäraktivitäten in der Region sowie klare Zeitlimits für ihre Präsenz. Solche Initiativen stießen bisher nicht auf Kritik aus Washington. Im Gegenteil erklärten etwa der Chef des für Mittelasien zuständigen Zentralkom-

mandos der US-Streitkräfte, General Tommy Franks, sowie der stellvertretende Außenminister Richard Armitage offen, dass die amerikanischen Truppen Mittelasien wieder verlassen würden, weil Washington die Region als Einflusszone Russlands betrachtet. Moskau kommentierte das naturgemäß mit Genugtuung.

## **6. Die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten aus russischer Sicht**

### **Israel – Palästinenser**

Russland hält sich für einen wichtigen Faktor bei einer Regelung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern. Mit seinen klaren Ansprüchen auf aktive Mitbestimmung will es offenkundig verhindern, dass die USA eine Monopolstellung bei den Vermittlungsbemühungen einnehmen. Russland hat denn auch als Mitglied der „Vierergruppe“ zum Nahostkonflikt (mit den USA, der EU und der UNO) ein bestimmtes Gewicht bei den Verhandlungen um die Zukunft der Region. Es kann sich in seiner Nahostpolitik bis zu einem gewissen Grad den Umstand zunutze machen, dass die USA (von Israel ganz abgesehen) in der arabischen Welt nur geringes (oder kein) Vertrauen genießen.

Russland unterstützt nachdrücklich die Schaffung eines palästinensischen Staates. Außenminister Iwanow meinte Anfang Juni 2002, dass „Israel und die arabischen Staaten zu einer Koexistenz in der Region ‚verurteilt‘ sind“.<sup>25</sup> Moskau unterhält allerdings gute Kontakte zu



islamischen Ländern (Syrien, Irak, Iran), die Israel das Existenzrecht absprechen.

Das enge Bündnis Israels mit den USA ist ein Faktor, der die Einstellung Russlands zum Judenstaat zweifellos (und zwar negativ) mitbestimmt. Dazu kommt, dass das offizielle Moskau bei seiner Nahostpolitik den primär in (pro)kommunistischen und nationalistischen Kreisen sehr verbreiteten Antisemitismus (bzw. „Antizionismus“) nicht völlig ignorieren kann bzw. will.

Ein nicht unbedeutender Aspekt bei der Bestimmung der russischen Einstellung gegenüber den Konfliktparteien im Nahen Osten sind die aus der früheren UdSSR stammenden (und damit fast ausschließlich „russischsprachigen“) Einwohner Israels: Zwischen 1989 und Mitte 2002 sind nach Angaben des Innenministeriums Israels 860 000 Bürger der früheren UdSSR, davon 620 000 Juden, eingewandert. Unter Hinweis darauf zeigen bestimmte russische Medien Sympathie für Israel. Sie stellen dann oft die israelische Bekämpfung des palästinensischen Terrors dem Vorgehen Russlands gegen den „internationalen Terrorismus in Tschetschenien“ gleich, das Israel noch nie mit Kritik bedacht hat.

## **Irak**

Moskau hält den Irak für einen wichtigen Partner in der arabischen Welt. Ein vom russischen Bildungsministerium empfohlenes und in einer Auflage von 50 000 Stück verbreitetes Geopolitik-Lehrbuch nennt den Irak ausdrücklich „strategischen Verbündeten“.<sup>26</sup> Russland bestreitet jede Verbindung des Irak zu den Attentätern des 11.9.2001 sowie

grundsätzlich zum internationalen Terrorismus. Folglich lehnt es jede Ausdehnung des amerikanischen „Krieges gegen den Terror“ auf den Irak, der als einziges Land die Anschläge vom 11.9.2001 offen begrüßt hatte, entschieden ab und droht mit einem Ausstieg aus der „Koalition gegen den Terror“. In Moskau erkennt man natürlich, dass die USA in dieser Frage weltweit praktisch alleine stehen, und denkt nicht daran, ihnen durch sein Wohlwollen aus der Isolation herauszuhelfen. Eine russische Unterstützung einer US-Militäraktion gegen den Irak ist gänzlich ausgeschlossen. Wenn die USA das Regime von Präsident Saddam Hussein nicht stürzen können, wird sich Moskau das zweifellos als Erfolg seiner Politik im Nahen und Mittleren Osten anrechnen.

Die Bemühungen der UNO zur Auffindung möglicher irakischer Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen haben für Russland keine Priorität. Es stellt die Forderung nach Aufhebung der UNO-Sanktionen in den Mittelpunkt seiner Irakpolitik. Danach gedenkt Russland die Zusammenarbeit mit dem Irak auch im Militär- und Rüstungssektor wieder aufzunehmen.

Amerikanische und britische Luftangriffe vor allem auf Radar- und Luftabwehranlagen in den Flugverbotszonen im Nord- und Südirak werden von Moskau stets verurteilt. Insgesamt betont auch die russische Irakpolitik klar Distanz zu den USA. Das soll einerseits Eigenständigkeit demonstrieren und andererseits Pluspunkte in der islamischen Welt bringen.<sup>27</sup> Dazu kommen massive wirtschaftliche Interessen: Russland ist einer der wichtigsten Handelspartner des Irak. 15 russische



Erdölgesellschaften (und v.a. LUKoil) sind im Irak aktiv; sie kaufen über das UNO-Programm „Oil for Food“ ca. 40% des irakischen Erdöls.

Offiziell fordert Russland zwar Garantien, dass der Irak kein Potenzial zur Herstellung und Einsatz von Massenvernichtungswaffen aufbaut, und die (1998 ausgewiesenen) UNO-Waffeninspektoren müssten in den Irak zurückkehren. Allerdings übt Moskau keinerlei Druck auf den Irak aus, das auch umzusetzen. Es hält die irakische Position auch nicht für einen Anlass, auf gute Kontakte zum Hussein-Regime zu verzichten. Der seit Jahren wichtigste Lobbyist des Irak in der politischen Elite Russlands ist der stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma und Chef der ultranationalistischen „Liberal-demokratischen Partei Russlands“ (LDPR), Wladimir Schirinowskij.

### **Iran**

Russische Techniker arbeiten derzeit am Atomkraftwerk Busher, das Mitte 2004 in Betrieb gehen und Moskau Einnahmen von 800 Mio. Dollar bringen wird. Zudem wurden Pläne bekannt, denen zufolge Russland (für 10 Mrd. Dollar) weitere fünf Atomreaktoren im Iran errichten soll.

Am 23.11.2000 kündigte Russland ein von seinem Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin und US-Vizepräsident Al Gore am 30.6.1995 unterzeichnetes Protokoll, dem zufolge Moskau bis 31.12.1999 alle laufenden Rüstungsverträge mit dem Iran erfüllt und keine neuen mehr abschließt. Russland möchte an der derzeit laufenden Modernisierung der iranischen Streitkräfte massiv teil-

nehmen. In Moskau wird nur noch (wenn überhaupt) halbherzig bestritten, dass das iranische Programm zur Entwicklung von ballistischen Raketen von russischen Spezialisten, Firmen und Instituten gefördert wird.

Von amerikanischer und israelischer Kritik an den Rüstungsgeschäften mit dem Iran zeigt man sich in Moskau stets gänzlich unbeeindruckt. Stattdessen setzt man auf Pragmatismus: Sollte sich der Iran (und/oder der Irak) Massenvernichtungswaffen und entsprechende Trägermittel verschaffen können, wäre Russland zweifellos zuletzt bedroht. Dafür hätten zunächst Israel und die amerikanischen Truppen im Nahen Osten ein Problem.

## **7. Russland und das Kaschmir-Problem**

Moskau betrachtet Kaschmir als Teil Indiens, weil es in dessen Verfassung so verankert ist. Zudem hält Russland Kaschmir für eine ausschließlich bilaterale Frage zwischen Indien und Pakistan. Moskau lehnt daher – wie auch Indien – jede (von Pakistan angestrebte) Internationalisierung des Konflikts ab. Russland wird auch in internationalen Organisationen und Gremien (UNO-Sicherheitsrat usw.) nicht für die Durchführung eines Referendums in Kaschmir eintreten. Ein solches wird von Pakistan unter Berufung auf UNO-Resolutionen vom 13.8.1948 und 5.1.1949 sowie auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlangt. Dabei soll die mehrheitlich moslemische Bevölkerung Kaschmirs entscheiden, ob sie zu Indien oder zu Pakistan gehören möchte.



Das russische Außenministerium und die meisten russischen Südasien-Experten treten für eine Erklärung der indisch-pakistanischen „Line of Control“ durch Kaschmir zu einer internationalen Grenze ein. Damit würde, so argumentiert Moskau, keine der beiden Streitparteien etwas verlieren, und der seit langer Zeit de facto bestehende Zustand erführe eine Formalisierung. Ein unabhängiges Kaschmir wäre für das russische Außenministerium nicht lebensfähig.<sup>28</sup>

Pakistan hat generell kein gutes Image in Russland. Islamabad wird die Unterstützung von islamischen Kämpfern in Kaschmir und eine maßgebliche Rolle bei der Entstehung und Entwicklung der Taliban vorgeworfen. Moskau sieht es zudem als erwiesen an, dass russische Moslems in pakistanischen Koranschulen ausgebildet werden; nach ihrer Rückkehr nach Russland würden sie Fundamentalismus (in Russland zieht man meist den Begriff „Wahhabismus“ vor, der den Iran ausklammert) verbreiten. In Russland ist oft die Behauptung anzutreffen, dass die „Terroristen“ in Tschetschenien<sup>29</sup> und Kaschmir „Glieder einer Kette“ seien. Das erklärte sinngemäß auch Putin Anfang Oktober 2000 bei seinem Besuch in Indien, mit dem Russland eine lange „strategische Partnerschaft“ verbindet.<sup>30</sup>

---

<sup>1</sup> Diese drei Dokumente wurden im Jahr 2000, d.h. schon unter Präsident Wladimir Putin, in Neufassungen offiziell beschlossen. – Für eine Analyse der grundlegenden Dokumente der russischen Außen- und Sicherheitspolitik vgl. Hannes Adomeit: Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Putin. Neue Akzente oder gewohnte Großmachtnostalgien?

- Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP – S. 434, September 2000.
- <sup>2</sup> Eine Moskauer Wochenzeitung spottete, dass man die russischen Ministerien für Äußeres und Verteidigung zu einem „Ministerium für Geopolitik“ vereinigen könnte – mit dem jetzigen Verteidigungsminister und engen Putin-Vertrauten Sergej Iwanow an der Spitze (Novoe vremja, 35/2002, S. 5).
- <sup>3</sup> Aleksej Podberezkin: Russkij Put'. Moskva 1996, S. 41.
- <sup>4</sup> So die offizielle Zahl des russischen Staatskomitees für Statistik (Goskomstat). Valerij Tischkow, Direktor des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften (1992 Nationalitätenminister), meinte dagegen, dass die tatsächliche Zahl unter Berücksichtigung der nirgendwo gemeldeten Einwohner „um einige Millionen höher“ liege (Interview, in: Izvestija, 6.9.2002, S. 1).
- <sup>5</sup> Vgl. dazu den Ländervergleich des Bruttoinlandsprodukts 1998 zu Kaufkraftparitäten, in: Roland Götz: Russlands wirtschaftlicher Rückstand geringer als angenommen: Neue Sozialproduktberechnung der Weltbank. Aktuelle Analysen des BIOst, 30/2000. Russland wurde darin ein BIP von 948 Mrd. US-Dollar zugesprochen (USA 1998: 8.002 Mrd.)
- <sup>6</sup> Zahlen nach: The World Factbook 2001 (CIA). Online: [www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html](http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html), abgerufen 5.9.2002; Itogi, 3.9.2002, S. 16.
- <sup>7</sup> Die russischen Streitkräfte üben immer wieder Kampfhandlungen (u.a. mit Kernwaffen) gegen die NATO. Das zeigte sich etwa bei den Manövern „Zapad-99“ Mitte 1999 und „Kampfgemeinschaft-2001“. Letztere Ende August 2001 (d.h. kurz vor den Terroranschlägen des 11.9.) abgehaltene Übung ging von einem gemeinsamen Angriff der NATO und der Taliban auf Russland und andere GUS-Staaten (!) aus (nach Nezavisimaja gazeta, 28.8.2001; The Moscow Times, 3.9.2001, S. 1; Russia: CIS Members Hold Military Exercise In Southern Astrakhan Region. RFE/RL Weekday Magazine [online], 20.8.2001).
- <sup>8</sup> Zitiert nach: Konceptija vnešnej politiki Rossijskoj Federacii. In: Igor' Ivanov: Novaja rossijskaja diplomatija. Desjat' let vnešnej politiki strany. Moskva 2002, S. 227.
- <sup>9</sup> So ein hochrangiger Vertreter der politischen Sektion der US-Botschaft in Moskau in einem Gespräch mit dem Verfasser am 6.8.2002. – Russland hat im März 2002 ein Importverbot für amerikanische Hühner verhängt, weil diese



- gesundheits-schädlich seien. Daraufhin verlangten Hühnerfarmer aus 38 US-Bundesstaaten von der Regierung in Washington, alles zur Wiederaufnahme des Exports zu tun.
- <sup>10</sup> Zitiert nach: Konzepcija vnešnje politiki ... a.a.O., S. 226.
- <sup>11</sup> Vgl. z.B.: Igor Ivanov: Vnešnjaja politika Rossii v epochu globalizacii. Stat'i i vystuplenija. Moskva 2002, S. 22. Hintergrund der russischen Position ist die Vorstellung, selbst einmal zum Opfer einer solchen „humanitären Intervention“ werden zu können. Das ist allerdings undenkbar, auch wenn sich die Frage aufwerfen ließe, woraus der qualitative Unterschied zwischen den russischen Kriegen in Tschetschenien (1994–96 und seit 1999) und dem serbischen Vorgehen gegen die Albaner im Kosovo (1998/99) bestehen soll: Der frühere jugoslawische Präsident Slobodan Milošević ist vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag angeklagt, Putin erfreut sich dagegen unter westlichen Politikern größten Ansehens.
- <sup>12</sup> Nach Kommersant', 29.8.2002, S. 6.
- <sup>13</sup> Komsomolskaja pravda (online), 27.8.2002.
- <sup>14</sup> Iwan Iwanow: In der EU fehlt es an Weitblick. Gastkommentar, in: Die Zeit, 18.1.2001, S. 2.
- <sup>15</sup> Zitiert nach: Strategija razvitija otnošenijs Rossijskoj Federacii s Evropejskim sojuzom na srednesročnuju perspektivu (2000–2010 gody). In: Ivanov a.a.O. (Anm. 8), S. 277, 280.
- <sup>16</sup> Zitiert nach Vremja MN, 31.7.2002, S. 3.
- <sup>17</sup> Rolf Peter/Claudia Wagner: Russland und der „Kampf gegen den Terrorismus“. Schlußschluss mit dem Westen gegen „freie Hand“ im Kaukasus? In: Osteuropa, 11–12/2001, S. 1255.
- <sup>18</sup> Aufgrund dieses Rechtsaktes wird allen Ländern, welche (jede beliebige, d.h. nicht nur jüdische) Auswanderung behindern, die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA entzogen.
- <sup>19</sup> Vgl. den Gastkommentar Jawlinskijs, in: Obščaja gazeta, 16.5.2002.
- <sup>20</sup> Allerdings wirkte sich das bisher nicht auf die Popularität des Präsidenten aus, die auch im Sommer 2002 bei etwa 75% lag (so Prof. Jurij Lewada, einer der bekanntesten Meinungsforscher Russlands, in: Argumenty i fakty, 7.8.2002, S. 4).
- <sup>21</sup> Sergei Rogov: Treaties are a friend's best friend. Gastkommentar, in: Taipei Times (online), 11.1.2002.
- <sup>22</sup> Vgl. etwa die Interviews mit dem stellvertretenden russischen Außenminister Wjatscheslaw Trubnikow, in: Vremja MN, 26.7.2002, S. 2; Vremja Novostej, 11.9.2002, S. 4.
- <sup>23</sup> Nach Nezavisimaja gazeta, 26.12.2001.
- <sup>24</sup> Novye Izvestija, 7.9.2002, S. 2.
- <sup>25</sup> Igor Ivanov: Russian Foreign Policy Guidelines. Daily News Bulletin 11.6.2002, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation.
- <sup>26</sup> Nikolaj Nartov: Geopolitika. 2. Aufl., Moskva 2002, S. 322.
- <sup>27</sup> So plausibel der russische Islam-Experte Alexej Malaschenko; Interview, in: Konservator, 6.9.2002, S. 7.
- <sup>28</sup> Gespräche des Verfassers im für Indien und Pakistan zuständigen 3. Asien-Department des russischen Außenministeriums, Moskva, 21.8.2002.
- <sup>29</sup> Pakistan vertritt offiziell die Ansicht, dass Tschetschenien ein integraler Teil Russlands und nicht mit Kaschmir vergleichbar sei, weil die UNO Kaschmir als rechtlich umstrittenes Territorium anerkannt habe; das sei bei Tschetschenien nicht der Fall. Dieses sei, so Islamabad, im Unterschied zu Kaschmir kein Streitfall zwischen zwei Staaten. Allerdings bemängelt auch Pakistan „Exzesse der russischen Armee“ in Tschetschenien (Informationen in der Botschaft Pakistans in Moskva an den Verfasser, 13.8.2002).
- <sup>30</sup> Die Asienpolitik Russlands profitiert von dem Umstand, dass es sowohl mit China (das Pakistan nahe steht und dessen Atomprogramm unterstützt hat) als auch mit Indien enge Kontakte unterhält. Allerdings herrscht zwischen Indien und China nach wie vor erhebliches Misstrauen. Daher ist ein nach wie vor diskutiertes „Dreieck“ Russland – China – Indien, das der damalige russische Ministerpräsident Jewgenij Primakow Ende 1998 zur besseren Begrenzung Einflusses der USA vorgeschlagen hat, praktisch chancenlos.